

Name:

ABSCHLUSSPRÜFUNG SOMMER 2015

Ausbildungsberuf: **Steuerfachangestellte/r**

Prüfungsort:

Termin: Freitag, 17. April 2015

Prüfungsfach: **Steuerwesen**

Bearbeitungszeit: 150 Minuten

Bitte **deutlich schreiben** und Füllhalter, Kugelschreiber oder Filzstift benutzen.

Bitte nicht den Korrekturrand beschriften!

Gesamtpunktzahl:	100,0	Erzielte Punkte:
Teil I / Einkommensteuer	32,0	
Teil II / Gewerbesteuer	21,0	
Teil III / Körperschaftsteuer	11,0	
Teil IV / Abgabenordnung	13,0	
Teil V / Umsatzsteuer	23,0	
Note:		
Unterschrift Erstkorrektor:	Unterschrift Zweitkorrektor:	

Teil I - Einkommensteuer**(32,0 Punkte)****1. Persönliche Verhältnisse**

Der alleinstehende Jan Rüstig (geb. am 13.06.1947), konfessionslos, wohnt im Veranlagungszeitraum (VZ 2014) in Düsseldorf.

Jan Rüstig unterstützte im gesamten VZ 2014 seinen in Duisburg wohnenden vermögenslosen Sohn Sven (geb. am 21.07.1985) finanziell mit monatlichen Zahlungen in Höhe von 350,00 €. Außerdem überwies er die Beträge seines Sohnes zur privaten Krankenversicherung (Basisanteil) in Höhe von **jährlich** 778,00 € und zur gesetzlichen Pflegeversicherung in Höhe von **jährlich** 147,00 €.

Sven ist seit Januar 2014 im Rahmen eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses in einem Bistro als Kellner beschäftigt. Er erhält eine **monatliche** Vergütung in Höhe von 450,00 €. Aus einer künstlerischen Tätigkeit erzielte Sven im VZ 2014 Einkünfte in Höhe von 780,00 €.

2. Weitere Angaben

- a) Jan Rüstig ist zu 30 % an der Schneider GmbH beteiligt.
Er hält die Beteiligung in seinem Privatvermögen.
Nach Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer und 5,5 % Solidaritätszuschlag wurde ihm im Mai 2014 ein Gewinnanteil in Höhe von 18.406,25 € auf seinem Privatkonto gutgeschrieben.
Eine ordnungsgemäße Steuerbescheinigung liegt vor.
Im Zusammenhang mit dem Gewinnanteil kann Jan Rüstig entstandene Aufwendungen in Höhe von insgesamt 250,00 € nachweisen.
- b) Im August 2014 gewährte Jan Rüstig seinem Nachbarn ein verzinsliches Privatdarlehen über 20.000,00 €.
Anfang Dezember 2014 erhielt er von dem Nachbarn die vertraglich vereinbarten Zinsen in Höhe von 1.000,00 € auf sein Privatkonto überwiesen.
Tatsächliche Aufwendungen sind nicht angefallen.
- c) Jan Rüstig bezieht seit dem 01.07.2012 eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Aus den bisher ergangenen Rentenbescheiden ergeben sich folgende **monatliche** Bruttowerte:
- ab 01.07.2012 1.800,00 €
 - ab 01.07.2013 1.804,50 €
 - ab 01.07.2014 1.834,64 €
- d) Am 01.12.2014 hat Jan Rüstig sein Einfamilienhaus für 500.000,00 € veräußert.
Dieses hat er am 01.07.2007 für 350.000,00 € Anschaffungskosten erworben und bis zum 31.12.2010 vermietet. In diesem Zeitraum machte er insgesamt 19.600,00 € an Abschreibungen im Rahmen der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung geltend.
Seit dem 01.01.2011 hat er dieses Haus für eigene Wohnzwecke genutzt.

Im August 2014 ließ Jan Rüstig das Dach des Einfamilienhauses neu eindecken.
Für diese Reparaturarbeiten entstanden folgende Aufwendungen:

Materialkosten	16.750,00 €
Arbeitslohn	5.000,00 €
Fahrtkosten	250,00 €
	<u>22.000,00 €</u>
+ 19 % USt	4.180,00 €
	<u>26.180,00 €</u>

Alle Zahlungen sind durch ordnungsgemäße Belege nachgewiesen und erfolgten im September 2014 durch Überweisung vom Bankkonto des Jan Rüstig.

Aufgaben

Ermitteln Sie für den VZ 2014 in einer übersichtlichen Darstellung für Jan Rüstig

1. den **Gesamtbetrag der Einkünfte**,
2. das **Einkommen** und das **zu versteuernde Einkommen**,
3. die **festzusetzende Einkommensteuer** bei einem **ESt-Satz** von **14,34 %** und
4. die Höhe der zu erwartenden **Einkommensteuererstattung** bzw. **–nachzahlung**.
Auf den **Solidaritätszuschlag** ist aus Vereinfachungsgründen **nicht einzugehen**.

Bearbeitungshinweise

- Alle notwendigen Anträge zur Erlangung des höchstmöglichen steuerlichen Vorteils gelten als gestellt und die dazu erforderlichen Nachweise als erbracht.
Das gilt insbesondere für den Antrag auf Versteuerung nach dem Teileinkünfteverfahren gem. **§ 32d Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 Buchst. a) EStG i. V. mit § 3 Nr. 40 Buchst. d) EStG**.
- Eine **Günstigerprüfung** nach § 32d Abs. 6 EStG ist **nicht durchzuführen**, weil der Grenzsteuersatz des Jan Rüstig 27,78 % beträgt.
- **Cent-Beträge können gerundet werden**.
- **Nichtansätze** sind mit „0“ zu kennzeichnen und **kurz zu begründen**.
- Die **abzugsfähigen Sonderausgaben** betragen **2.000,00 €**.
- Für den VZ 2014 hat Jan Rüstig **keine ESt-Vorauszahlungen** geleistet.
- Benutzen Sie für Ihre Lösung ausschließlich die **beigefügten Lösungsblätter I – IV**.

Teil II – Gewerbesteuer**(21,0 Punkte)****Sachverhalt**

Die Peter Holz KG, eine Holzgroßhandlung in Monheim am Rhein (Gewerbesteuerhebesatz: 285 %), besteht aus dem Komplementär Peter Holz und dem Kommanditisten Werner Bunte. Beide Gesellschafter sind zu je 50 % an der KG beteiligt.

Für den Erhebungszeitraum 2014 (Wirtschaftsjahr = Kalenderjahr) beträgt der vorläufig ermittelte **handelsrechtliche Gewinn** 100.000,00 €.

Die folgenden Sachverhalte haben sich in 2014 gewinnmindernd ausgewirkt:

1. Die vierteljährlichen Gewerbesteuervorauszahlungen betragen jeweils 3.000,00 €.
2. Die Tätigkeitsvergütung in Höhe von **monatlich** 4.000,00 € wurde an den Komplementär Peter Holz ausgezahlt.
3. Eine Spende für kirchliche Zwecke in Höhe von 2.000,00 € wurde überwiesen.
4. Im Juni 2014 erwarb die KG ein unbebautes Grundstück, um es als Kundenparkplatz nutzen zu können. Der Einheitswert des Grundstücks beträgt 20.000,00 € (Wertverhältnisse: 01.01.1964). Der Kaufpreis von 300.000,00 € wurde folgendermaßen finanziert:
 - Aufnahme eines Bankdarlehens in Höhe von 200.000,00 € (100 % Auszahlung). Die gezahlten Zinsen für 2014 betragen 10.000,00 €.
 - Darlehen des Kommanditisten Werner Bunte an die KG in Höhe von 100.000,00 €. Die gezahlten Zinsen für 2014 betragen 4.000,00 €.
5. Die Anschaffungskosten für den Warenbestand an Holzvorräten hat die KG bei der Hausbank des Herstellers zwischenfinanziert. In 2014 wurden Zinsen in Höhe von 45.000,00 € für dieses Darlehen gezahlt.
6. Die Lagerräume und die Büroräume wurden angemietet. Die Mieten betragen insgesamt 120.000,00 €. Für die Büroeinrichtung sind zusätzlich noch insgesamt 36.000,00 € Mietaufwand angefallen.
7. Die KG hat im Erhebungszeitraum 2014 zwei Lkw von einer deutschen Leasinggesellschaft für insgesamt 96.000,00 € (Jahresbetrag) geleast.

Zum 31.12.2013 wurde für die Peter Holz KG ein vortragsfähiger Gewerbeverlust in Höhe von 10.000,00 € bestandskräftig festgestellt.

Aufgaben

1. Ermitteln Sie in einer übersichtlichen Darstellung für den Erhebungszeitraum 2014 die **Gewerbesteuerrückstellung** bzw. den **Gewerbesteuererstattungsbetrag**.

Nichtansätze sind mit „0“ zu kennzeichnen und kurz zu begründen.

Der Steuermessbetrag und die Gewerbesteuer sind dabei ggfs. auf volle Euro nach unten abzurunden.

Lösung:

2. Peter Holz möchte von Ihnen wissen, welche Auswirkungen die von der KG gezahlte Gewerbesteuer auf die von ihm zu zahlende Einkommensteuer für den VZ 2014 hat. Ermitteln Sie aufgrund Ihres Ergebnisses aus der Aufgabe 1 dabei auch den sich ergebenden Eurobetrag und nennen Sie die **genaue(n) gesetzliche(n) Grundlage(n)**.

Bearbeitungshinweis: Gehen Sie bei der Lösung davon aus, dass der Gewinn der KG gleichmäßig auf die beiden Gesellschafter verteilt wird.

Lösung:

Diese Seite bleibt aus redaktionellen Gründen frei.

Teil III - Körperschaftsteuer**(11,0 Punkte)****Sachverhalt**

Die Schramm GmbH mit Sitz in Mönchengladbach hat für den VZ 2014 einen vorläufigen Jahresüberschuss in Höhe von 95.000,00 € ermittelt.

Folgende Sachverhalte sind für den VZ 2014 noch zu würdigen:

1. Auf dem Konto „**Werbekosten**“ wurden folgende Aufwendungen (netto) erfolgswirksam gebucht:

- | | |
|---------------------------|------------|
| • Geschenke unter 35,00 € | 6.000,00 € |
| • Geschenke über 35,00 € | 2.800,00 € |

Weitere einkommensteuerliche Aufzeichnungen wurden nicht getätigt.

2. Im VZ 2014 wurde eine steuerfreie Investitionszulage in Höhe von 5.000,00 € vereinnahmt und entsprechend als Ertrag gebucht.

3. Die Schramm GmbH hat als Kontrollorgan einen Beirat. Die gesamten Beiratsvergütungen für 2014 betragen 6.000,00 € und wurden in voller Höhe als Aufwand gebucht. In diesem Betrag enthalten sind nachgewiesene und gesondert erstattete Reisekosten an einzelne Beiratsmitglieder in Höhe von 1.000,00 €.

4. Die GmbH hat außerdem folgende Beträge erfolgswirksam gebucht:

- | | |
|--|-------------|
| • GewSt-Vorauszahlungen 2014 | 5.000,00 € |
| • Zinserträge aus GewSt-Erstattung 2012 (§ 233a AO) | 1.000,00 € |
| • KSt-Vorauszahlungen 2014 | 2.500,00 € |
| • Solidaritätszuschlag für KSt-Vorauszahlungen 2014 | 137,50 € |
| • KSt-Erstattung aus 2010 | 10.000,00 € |
| • Geldbußen (verhängt vom Amtsgericht Mönchengladbach) | 3.500,00 € |
| • Rechtsanwaltskosten im Zusammenhang mit diesen Geldbußen | 750,00 € |

Aufgabe

Ermitteln Sie für die Schramm GmbH in einer übersichtlichen Darstellung für den VZ 2014 das **zu versteuernde Einkommen**.

Auf umsatzsteuerliche Aspekte ist nicht einzugehen.

Nichtansätze sind mit „0“ zu kennzeichnen und kurz zu begründen.

Auszug aus den Körperschaftsteuer-Richtlinien – R 50 Abs. 1 KStR

¹Vergütungen für die Überwachung der Geschäftsführung (Aufsichtsratsvergütungen) sind alle Leistungen, die als Entgelt für die Tätigkeit gewährt werden. ².....
³Darunter fällt jedoch nicht der dem einzelnen Aufsichtsratsmitglied aus der Wahrnehmung seiner Tätigkeit erwachsene Aufwand, soweit ihm dieser Aufwand gesondert erstattet worden ist.

Lösung:

Teil IV - Abgabenordnung**(13,0 Punkte)****Sachverhalt 1 (5,0 Punkte)**

Die „Anlage V 2007“ zur Ermittlung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung für den Mandanten Pascal Hübner aus Wuppertal enthält folgende Aufstellung:

Schuldzinsen Volksbank Oberhausen	7.875,00 €
Schuldzinsen Sparkasse Duisburg	3.075,00 €
Summe der Schuldzinsen	4.950,00 €

Das Finanzamt hat aufgrund der am 17.05.2011 eingereichten ESt-Erklärung 2007 die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung ermittelt unter Ansatz von 4.950,00 € Schuldzinsen als Werbungskosten und mit endgültigem Bescheid vom 29.08.2011 ein zu versteuerndes Einkommen in Höhe von 75.000,00 € festgestellt.

Bei der Erstellung der ESt-Erklärung 2013 am 11.03.2015 entdeckte der Mandant den Additionsfehler und stellte noch am gleichen Tag den Antrag, den ESt-Bescheid 2007 deswegen zu ändern.

Aufgaben

Prüfen und begründen Sie, ob die Voraussetzungen für eine Änderung des ESt-Bescheides 2007 vorliegen und führen Sie die ggfs. erforderliche Fristberechnung durch.

Lösung:

Sachverhalt 2 (8,0 Punkte)

Der Mandant Rafael Sturm aus Essen legt Ihnen heute seinen **endgültigen** ESt-Bescheid 2013 zur Überprüfung vor.

Dieser Steuerbescheid weist einen Erstattungsbetrag von 500,00 € aus.

Der ESt-Bescheid 2013 wurde gestern mit einer ordnungsgemäßen Rechtsbehelfsbelehrung zur Post gegeben.

Der Mandant bittet Sie, den ESt-Bescheid 2013 zu überprüfen, weil er der Meinung ist, das Finanzamt habe Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit zu Unrecht nicht anerkannt, was auch zutrifft.

Die steuerliche Auswirkung beträgt 500,00 € zu Gunsten des Mandanten.

Bei der Überprüfung stellen Sie weiterhin fest, dass das Finanzamt außerdem den Gewinn aus Gewerbebetrieb rechtsirrtümlich zu niedrig angesetzt hat.

Die steuerliche Auswirkung beträgt 700,00 € zu Lasten des Mandanten.

Aufgaben

1. Welche **Möglichkeiten** gibt es, eine **Korrektur** des ESt-Bescheides 2013 zu erreichen? Nennen Sie dazu auch die genauen gesetzlichen Grundlagen.

Lösung:

2. Welche dieser unter 1. genannten Möglichkeiten würden Sie dem Mandanten Rafael Sturm **empfehlen**? Begründen Sie Ihre Entscheidung.

Lösung:

Teil V - Umsatzsteuer**(23,0 Punkte)**

Bearbeitungshinweis: Der Prüfungsteil „Umsatzsteuer“ besteht aus **zwei selbstständigen Aufgabenteilen**, die in **beliebiger Reihenfolge gelöst** werden können.

Aufgabenteil 1**(16,5 Punkte)****Allgemeine Angaben**

Till Berner betreibt in Kleve ein Möbelhaus. Außerdem hat er eine Filiale in Venlo (Niederlande). Till Berner versteuert seine Umsätze nach vereinbarten Entgelten und ist uneingeschränkt zum Vorsteuerabzug berechtigt.

Alle erforderlichen beleg- und buchmäßigen Nachweise und Rechnungen liegen vor und entsprechen den gesetzlichen Vorschriften.

Aufgabe

Die folgenden fünf Sachverhalte sind für den VZ 2014 unter umsatzsteuerlichen Gesichtspunkten aus der Sicht des **Till Berner in Kleve** zu beurteilen.

Alle beteiligten Unternehmer verwenden jeweils ihre gültige nationale Umsatzsteuer-Identifikationsnummer.

Till Berner strebt die umsatzsteuerlich günstigste Lösung an.

Verwenden Sie für Ihre Lösung ausschließlich das als **Anlage** beigefügte **Lösungsblatt**. Die dort entwerteten Felder sind nicht auszufüllen.

Sachverhalte

1. In der Filiale in Venlo bestand für die Fernsehcouch „Carolina“ keine Nachfrage. Deshalb wurde die Fernsehcouch, deren Einkaufspreis 2.000,00 € und deren Verkaufspreis 3.000,00 € betrug, mit eigenen Fahrzeugen nach Kleve gebracht, um sie dort zu veräußern.
2. Häufig kaufen niederländische Privatkunden Möbel in Kleve und lassen die Möbel durch Till Berner in die Niederlande bringen. Im Dezember 2014 wurden Möbel im Wert von 4.000,00 € netto in die Niederlande verbracht. Till Berner hat die Lieferschwelle nicht überschritten. Der Umsatzsteuersatz beträgt in den Niederlanden 21 %.
3. Der deutsche Privatkunde Kohl, Marbella (Spanien), erwirbt für seine Finca Möbel im Wert von 30.000,00 € netto. Die Möbel werden von Till Berner nach Spanien transportiert. Die spanische Lieferschwelle hatte Till Berner bereits im Vorjahr überschritten. Der Umsatzsteuersatz beträgt in Spanien 21 %.
4. Till Berner ließ im August 2014 Möbel in Moskau (Russland) anfertigen und holte diese mit eigenem LKW dort ab und entrichtete an der Grenze die Einfuhrumsatzsteuer. An den russischen Unternehmer zahlte Till Berner 14.000,00 €; der Zollwert der Möbel (§ 11 UStG) beträgt 15.000,00 €.
5. Seinem in Düsseldorf studierenden Sohn schenkte Till Berner zu Weihnachten aus seinem Warensortiment in Kleve einen Schreibtisch, den er für 400,00 € netto eingekauft hat. Im Dezember 2014 betrug der Einkaufspreis 500,00 € netto, der Verkaufspreis 1.190,00 € brutto.

Aufgabenteil 2**(6,5 Punkte)****Sachverhalt**

Die Unternehmerin Claudia Bach aus Remscheid versteuert ihre Umsätze nach vereinbarten Entgelten und gibt die Umsatzsteuervoranmeldungen monatlich ab.

Für 2014 hat sie einen Antrag auf Dauerfristverlängerung gestellt und eine Sondervorauszahlung in Höhe von 400,00 € geleistet.

Die Zahllast für die Monate Januar 2014 – November 2014 beträgt 3.100,00 €.

Für den Monat Dezember 2014 hat Claudia Bach eine vorläufige Zahllast von 375,00 € ermittelt. In diesem Betrag ist eine Rechnung über 400,00 € zzgl. 76,00 € USt für eine erfolgte Lieferung nicht enthalten, die Claudia Bach am 15.12.2014 an ihren Kunden verschickt hatte. Der Kunde überwies am 29.12.2014 einen Betrag in Höhe von 357,00 €; der Restbetrag ging am 15.01.2015 auf dem betrieblichen Bankkonto der Claudia Bach ein.

Aufgaben

1. Ermitteln Sie in einer übersichtlichen Darstellung die **Umsatzsteuerzahllast** für den Monat **Dezember 2014**.
2. Prüfen und begründen Sie, wann die Umsatzsteuervoranmeldung für den Monat Dezember 2014 beim Finanzamt **eingereicht** sein muss (Angabe des Datums erforderlich!).
3. Ermitteln Sie in einer übersichtlichen Darstellung die – ggfs. auf volle Euro abgerundete – **Sondervorauszahlung** für 2015, damit Claudia Bach die Dauerfristverlängerung erhält. Gehen Sie bei Ihrer Lösung davon aus, dass sich die Rechtslage für 2015 gegenüber 2014 nicht geändert hat.
4. Prüfen und begründen Sie, bis zu welchem **Zeitpunkt** die Sondervorauszahlung für 2015 zu entrichten ist (Angabe des Datums erforderlich!).

Lösungen:

zu 1.

zu 2.

zu 3.

zu 4.

Name:

Lösungsblatt I:

Teil I - Einkommensteuer

Aufgabe 1 / Gesamtbetrag der Einkünfte

Name:

Lösungsblatt II:

Teil I - Einkommensteuer

noch zu Aufgabe 1 / Gesamtbetrag der Einkünfte

Name:

Lösungsblatt III:

Teil I - Einkommensteuer

Aufgabe 2 / Einkommen und zu versteuerndes Einkommen

Name:

Lösungsblatt IV:

Teil I - Einkommensteuer

Aufgabe 3 / festzusetzende Einkommensteuer

Aufgabe 4 / Einkommensteuererstattung bzw. -nachzahlung

Lösungsblatt zu Teil V - Umsatzsteuer

Name: _____

Sachverhalt	Art des Umsatzes / der Leistung	Ort des Umsatzes und gesetzliche Grundlage	steuerbar (ja / nein)	Steuerfrei oder steuerpflichtig	Bemessungsgrundlage EUR	USt EUR	Vorsteuer EUST EUR
1							
2	X						
3					X	X	X
4		X					
5							X

Punkte